

Tabak-Arbeiter

Nr. 39 / Bremen, den 27. September 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 ¢ ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 ¢ für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluss der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. H. Schmaljeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon: Ami Domsheide 20780. Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Consumvereine in b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Seelenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Krise der internationalen Sozialpolitik?

Durch die Unternehmerpresse gehen in letzter Zeit Artikel, in denen unter Darstellung der Ereignisse auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz der Versuch gemacht wird, eine Krise der Genfer Sozialpolitik festzustellen. Wie steht es damit?

Die internationale Arbeitsorganisation in Genf hat in erster Linie die Aufgabe, in internationalem Ausmaße im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten einen international gleichwertigen Arbeiterschutz zu schaffen. Auf diesem Gebiete hat die Organisation zweifellos Bedeutendes geleistet, denn in einer 10jährigen Tätigkeit sind 31 internationale Uebereinkommen geschaffen worden, von denen heute schon mehr als 400 Ratifikationen durch 33 Staaten vorliegen. Es ist bekannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen in der Regel auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein gewisser Stillstand eintritt, daß das Tempo des Fortschritts verlangsamt wird. Häufig ist es nötig, das bisher Erreichte gegen den Ansturm der sozialen Reaktion zu verteidigen. So war auch die Lage auf der 14. Internationalen Arbeitskonferenz. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist in den Reden der Arbeitervertreter, die von ernster Besorgnis um das Schicksal der Arbeitnehmerschaft getragen waren, zum Ausdruck gekommen. In den Vorschlägen der Arbeitnehmergruppe wurde mehr als einmal auf die verhängnisvolle Wirkung einer nicht nach sozialen sondern rein technischen Gesichtspunkten orientierten Rationalisierung, die Un Sinnigkeit der Zollpolitik usw. hingewiesen. Dieses ernste Wollen der Arbeitnehmervertreter fand auf der Arbeitgeberseite kein Echo. Statt dessen nörgelte man an der Organisation herum, bekrittelt das Verfahren, das zweifellos gewisse Schwächen aufweist, und braut daraus ein Getränk, das man der öffentlichen Meinung als „Krise der internationalen Sozialpolitik“ serviert.

Von den Uebereinkommen wird in den Artikeln der Unternehmerpresse gesagt, daß sie in der Regel über das Niveau sozial hochentwickelter Staaten hinausgehen und daher auch nicht von diesen, geschweige denn von anderen sozial weniger oder wenig entwickelten Staaten ratifiziert werden können. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß sich die Uebereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz in der Regel auf einer mittleren Linie bewegen, die nicht nur den sozialpolitisch fortgeschrittenen Staaten die Ratifikation ohne weiters ermöglichen, sondern auch geeignet sind, die sozialpolitisch weniger fortschrittlichen Staaten an die internationale Norm sozialer Fürsorge heranzuholen. Erst dadurch wird für die sozialpolitisch an der Spitze marschierenden Staaten die Voraussetzung für den weiteren sozialen Fortschritt geschaffen. Wenn ferner behauptet wird, durch die Genfer Uebereinkommen sei in der Welt eine nicht endenwollende soziale Unrast geschaffen worden, so braucht in diesem Zusammenhang nur auf die 400 Ratifikationen hingewiesen werden, die zeigen, daß auf wichtigen Gebieten der Sozialpolitik in 32 Ländern der Welt heute schon einheitliche Maßnahmen bestehen, die zweifellos in höchstem Grade dazu beigetragen haben, die soziale Unrast auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Wenn aber die Unternehmer auf das Wort von Albert Thomas hinweisen, daß das Werk der Ratifikationen noch immer unbefriedigend sei, muß hier unter allen Umständen klargestellt werden, daß die Unternehmer daran nicht unschuldig sind. Es ist rührend, wie sie sich darüber aufregen, daß in gewissen Staaten, die internationale Uebereinkommen ratifiziert haben, die Durchführung mangelhaft ist. Zunächst darf hervorgehoben werden, daß solche Mängel in der Tat auf der Konferenz auf Grund der Berichte festgestellt wurden, zu denen die Regierun-

gen gemäß Artikel 408 des Friedensvertrages verpflichtet sind. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus ist es zweifellos ein großer Fortschritt, daß es heute schon eine internationale Stelle gibt, die berechtigt ist, auf Mängel in der Gesetzgebung hinzuweisen, soweit diese nicht den Vorschriften der Uebereinkommen entspricht. Es ist auch eine wertvolle Erfahrung, daß Regierungen, deren Gesetzgebung auf einer Konferenz zu Beanstandungen Anlaß gegeben hat, sich bemühen, diese Mängel bis zur nächsten Konferenz zu beseitigen, weil sie sich fürchten, erneut im Scheinwerferlicht der Internationalen Arbeitskonferenz als sozialpolitisch unzuverlässig erkannt zu werden. Im übrigen besteht die Möglichkeit, gegen Staaten, die ihre internationale Verpflichtung nicht erfüllen, gemäß Artikel 411 ff. ein Verfahren angängig zu machen. Gemäß Artikel 409 sind auch die Unternehmer berechtigt, einen Einspruch gegen die mangelhafte Durchführung der Uebereinkommen beim Internationalen Arbeitsamt einzubringen. Es steht ihnen also nichts im Wege, auch ihrerseits aktiv an der Durchführung der Uebereinkommen teilzunehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stimmung der 14. Internationalen Arbeitskonferenz sehr stark unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise stand. Trotzdem konnte diese Konferenz ein Uebereinkommen über die Arbeitszeit der Angestellten verabschieden, das zwar nicht einem „utopisch lockenden Bild“ ähnlich sieht, sondern außerordentlich nüchtern ist und den sozialpolitisch fortgeschrittenen Ländern zweifellos (wir möchten sagen leider!) nicht zu weit geht. Die Konferenz konnte ferner einen Uebereinkommensentwurf über die Abschaffung der Kolonialzwangsarbeit verabschieden, der deshalb für die Organisation von größter Bedeutung ist, weil sie zum erstenmal an eine die Sozialprobleme der Kolonialpolitik berührende Frage, und zwar mit Erfolg, herangegangen ist. Daß das Uebereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gescheitert ist, dürfte weniger auf die Unfähigkeit der Genfer Organisation, als vielmehr auf die widerstrebende Haltung der Arbeitergruppe zurückzuführen sein. Jeder denkende Mensch mit Ausnahme der Unternehmer und ihrer besoldeten Schreiber ist sich darüber klar, daß die Arbeitszeit und Ueberstundenfrage, um die es letzten Endes auch beim Kohlenübereinkommen ging, schon in kürzester Zeit in großzügigerer Weise in Angriff genommen werden muß, als dies bisher geschehen ist.

Wenn die Unternehmer glauben, die von ihnen konstruierte „Krise der internationalen Sozialpolitik“ müsse eine Einschränkung der Arbeiten und des Aufgabengebietes der Internationalen Arbeitsorganisation zur Folge haben, dann sind sie sehr im Irrtum. Die organisierte Arbeiterbewegung ist davon überzeugt, daß nur eine stärkere Entwicklung der internationalen Organe geeignet ist, durch bindende Vorschriften die Mängel und Fehler der Privatwirtschaft auszumerzen, deren unsinniger Aufbau und auf den Einzelvorteil gerichtetes Streben vorwiegend die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tragen. Wir dürfen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß selbst der ehemalige Reichsarbeitsminister Brauns, der während seiner Amtszeit kein allzu eifriger Förderer der internationalen Sozialpolitik gewesen ist, kürzlich in einer Rede beim Verbandstag der christlichen Bergarbeiter mit Recht betonte: „Wir haben an der Förderung der internationalen Sozialpolitik das größte Interesse. Sie ist für uns eine Lebensfrage.“

Die Arbeiterschaft ist sich darüber klar, daß die Wirksamkeit der internationalen Sozialpolitik in dem Maße wachsen wird, in dem sie in den einzelnen Ländern den entscheidenden Einfluß auf die Politik erhält und indem es gelingt, den mit großen finanziellen Aufwand herbeigeführten Einfluß der Arbeitgeberpresse auf die öffentliche Meinung zu beseitigen.

Zigarrenbranche



„Über 60 000 Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen brotlos“

So lautet die Schlagzeile eines Flugblattes, das kurz vor der Reichstagswahl in Siedener Zigarrenfabriken verteilt worden ist. Mit dem Hinweis darauf, daß unser Nordhäuser Verbandstag sich „für eine Monopolisierung des gesamten Tabakgewerbes“ eingesetzt habe, wodurch „allein in der Zigarrenindustrie 60 Prozent der Arbeitnehmer, das sind 60 000 Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen brotlos werden würden“, wird in dem Flugblatt der Versuch unternommen, die im Tabakgewerbe beschäftigten Frauen und Mädchen gegen die sozialistische Partei aufzubringen und für eine gemäßigtere deutsche Partei zu gewinnen.

Wir haben nicht die Absicht, gegen den in dem Flugblatt verzapften Unsinn zu polemisieren, sondern möchten nur feststellen, daß auf dem Flugblatt, das kaum aus einem anderen Arbeitnehmerlager stammen dürfte, weder Verfasser, noch Verleger noch Drucker angegeben worden ist. Es müssen doch recht erbärmliche Feiglinge sein, die nicht den Mut haben, mit ihrem Namen für den Inhalt des von ihnen herausgegebenen Flugblattes geradezustehen.

Um zwei vom Hundert

Nachdem Herr Wahls, der Syndikus des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten (Bezirksgruppe 11 des R. d. Z.) vor ungefähr einem Vierteljahr in seiner bekannten Mannheimer Rede zum Ausdruck gebracht hatte, daß die allgemeine Lohnbewegung in Deutschland zum Stillstand gekommen sei, und es daher von der Zigarrenindustrie als unbillig empfunden werde, daß sie am 1. Oktober noch eine Erhöhung der Löhne vornehmen solle, obgleich andere maßgebliche Gewerbebezüge sogar einen Abbau durchgeführt hätten, konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß im R. d. Z. starke Kräfte am Werke waren, um die am 16. Mai 1929 in Hamburg vereinbarten Lohnzulagen rückwärts zu revidieren. Dem Drängen dieser Rückgriffler nachgebend, stellte die Leitung des R. d. Z. unterm 18. September an die beiden Tabakarbeiter-Verbände den Antrag, zu vereinbaren, den gegenwärtigen Lohn ohne weitere Steigerung, also ohne die für den 1. Oktober vorgesehene Erhöhung um 2 v. H., bis zum Ablauf des Tarifvertrages weiter gelten zu lassen. Nach ihrer Ansicht wäre die in Ziffer XII Absatz 2 des Reichstarifvertrages aufgestellte Voraussetzung gegeben, wonach „unter Berücksichtigung der eingetretenen Lohnerhöhung eine wesentliche Veränderung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, die einen neuen Ausgleich der Löhne erfordert,“ weil seit dem Abschluß des Vertrages die Reichsindexziffer von 153,6 (April 1929) auf 148,8 (August 1930), also um 3 v. H. gefallen sei, während in der gleichen Zeit die Löhne um 6 v. H. heraufgesetzt worden wären. Mit diesem Antrag schlugen sie den beiden Tabakarbeiter-Verbänden eine Aussprache vor, die am 23. September in Hannover stattfinden sollte. Die Tabakarbeiter-Verbände hatten keine Ursache, diesen Vorschlag abzulehnen, ließen aber, um eine Mißdeutung ihrer Teilnahme an der Aussprache nicht aufkommen zu lassen, dem R. d. Z. von vornherein wissen, daß sie sich seiner Auffassung über die Notwendigkeit einer Abänderung des vereinbarten Tarifvertrages nicht anschließen könnten.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Aussprache in Hannover ergebnislos verlaufen, weil die Vertreter des R. d. Z. darauf bestanden, daß die Zigarrenarbeiterschaft auf die für den 1. Oktober d. Z. vereinbarte Lohnerhöhung verzichten sollte. Zur Stützung ihres Verlangens malten sie die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Lage der Zigarrenfabrikanten im besonderen grau in grau und stellten es so dar, als wenn Gedeih und Verberb der gesamten deutschen Zigarrenherstellung von der Lohnzulage am 1. Oktober abhängig wäre. Es versteht sich von selbst, daß die Vertreter der Tabakarbeiter-Verbände den Zigarrenfabrikanten die Antwort nicht schuldig geblieben sind. Im Augenblick würde es zu weit führen, auf alles einzugehen, was für und gegen das Verlangen des R. d. Z. gesagt worden ist. Nächstens werden wir jedoch Gelegenheit nehmen, uns über alles

auszulassen, was bei den Auseinandersetzungen zwischen dem R. d. Z. und den Tabakarbeiter-Verbänden eine Rolle gespielt hat. Für diesmal sei nur gesagt, daß die Zigarrenfabrikanten, nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß die Vertreter der Tabakarbeiter-Verbände auf Zahlung der für den 1. Oktober vereinbarten Lohnerhöhung bestanden, den Vorschlag machten, am folgenden Tage die in Ziffer XII Absatz 2 des Reichstarifvertrages vorgesehene Hamburger Schlichterkammer über ihren Antrag entscheiden zu lassen. Wenn dieser Vorschlag auch ziemlich überraschend kam, so hatten die Vertreter der Tabakarbeiter-Verbände doch kein Interesse daran, die Entscheidung der Schlichterkammer, die unter den gegebenen Verhältnissen ja doch nicht zu umgehen war, noch um einige Tage hinauszuschieben. Auch ihnen mußte daran gelegen sein, möglichst noch vor dem 1. Oktober Klarheit über das zu bekommen, was werden sollte. So kam es dann am 24. September zu Verhandlungen vor der Hamburger Schlichterkammer, die, nachdem es auch dort nicht gelang, die Zigarrenfabrikanten von ihrem Vorhaben abzubringen, folgende Entscheidung fällte:

Nach der Vereinbarung über Abschluß eines Tarifes für die deutsche Zigarrenherstellung
Partei auf Arbeitgeberseite: Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller e. B., Berlin,
Partei auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Sitz Bremen,

Zentralverband Christl. Tabakarbeiter, Sitz Düsseldorf,

soll die gleiche Schlichterkammer wie am 16. Mai 1929 entscheiden, ob eine wesentliche Veränderung der Lebenshaltungskosten unter Berücksichtigung der eingetretenen Lohnerhöhungen stattgefunden hat. Die Schlichterkammer trat heute zusammen, bestehend aus den Herren

Dr. Stenzel, als Vorsitzenden,

Schöning, Blotho,

Jacobetti, Berlin,

P. Reiss, Mannheim, als Arbeitgeberbeisitzer

Dahms, Bremen,

Kiel, Bremen,

Bergmann, Herford, als Arbeitnehmerbeisitzer,

und entschied:

Die Veränderung der Lebenshaltungskosten beträgt indemäßig 3 Prozent. Eine solche Veränderung ist nicht als wesentlich anzusehen, so daß eine Nachprüfung der Löhne nicht möglich ist.

Hamburg, 24. September 1930.

Dr. Stenzel

Damit ist der Antrag des R. d. Z. abgelehnt. Die Endtariflöhne (Reichsgrundlohn plus etwaigem Bezirkszuschlag plus etwaigem Ortszuschlag) müssen also am 1. Oktober dieses Jahres um weitere 2 v. H. der Reichsgrundlöhne erhöht werden. Demzufolge steigern sich die vom 1. April bis zum 30. September 1930 gezahlten Endtariflöhne in allen Bezirken und Ortsklassen gleichmäßig um die nachstehenden Pfennigbeträge, und zwar bei Zigarrenarbeitern und Sortierern für 1000 Zigarren, bei Ristenmachern für 100 Risten und bei Zeitlohnarbeitern für die Stunde.

A. Zigarrenmacher (Wickelmacher und Roller)

		Formenarbeit							
		Pfund							
		10%	12	13½	15	16%	18	19	20
Fassonklasse	a)	20	20	21	22	23	25	27	30
	b)	21	22	22	23	25	27	29	33
	c)	23	24	25	26	28	31	33	37
	d)	26	27	28	30	32	35	38	43
		Quetscharbeit							
Fassonklasse	a)	25	26	26	27	29	31	34	36
	b)	26	27	28	29	31	34	37	43
	c)	29	31	32	34	36	38	42	46
	d)	33	34	36	38	41	44	48	54
		Sand- und Pennalarbeit							
		Pfund							
		12	13½	15	16%	18	19	20	21
Fassonklasse	a)	31	32	33	34	36	39	43	47
	b)	33	34	35	37	39	42	46	52
	c)	36	38	39	42	44	48	52	58
	d)	41	43	45	48	50	55	60	67

Zuschläge

Errotendecken	2,5
Inlandsdecken	2
Zigarillos	
Zuschlag zum Grundlohn	14
Zuschläge	
a) für schwierige Extrafassons	2
b) für 9—10 cm lange Fassons	—
für 10—11 cm lange Fassons	0,5
für 11—12 cm lange Fassons	0,5
für über 12 cm lange Fassons für jedes angefangene Zentimeter weitere	0,5
c) für über 9 cm lange dünne Fassons	1,5
d) Auslandsdecken bis 6 Pfund	1
Auslandsdecken von 6—8 Pfund	1,5
e) Inlandsdecken bis 6 Pfund	1
Inlandsdecken 6—8 Pfund	1,5
f) für Zigarillos über 6 Pfund für jedes Pfund	0,5
für Zigarillos unter 6 Pfund für jedes Pfund	0,5
3. Spezialarbeiter	13

Stumpen

2. für gerade Stumpen bis 10 Pfund	15
3. für halbschräge Stumpen bis 10 Pfund	15
4. Zuschläge für Mehrtrockengewicht	
von über 10 — 11½ Pfund	0,5
" " 11½ — 13 "	0,5
" " 13 — 14½ "	0,5
" " 14½ — 16 "	0,5
" " 16 — 18 "	0,5
" " 18 — 20 "	1
5. für Kiezzigarren bis 10 Pfund	16
für Virginiazigarren bis 10 Pfund	16
6. für Havannazigarren bis 12 Pfund	21
9. Rollerlohn bei Auslandsdecken	2
Rollerlohn bei Inlandsdecken	1

B. Sortierer

In Sortierklasse

	a gut- liegende	b weniger gutliegende	c schlecht- liegende
a) für Vorfortieren bis 5 Farben	0,5	0,5	0,5
b) f. Reinfortieren b. 25 Endfarben	1	0,5	0,5
von 26—50 Endfarben	1	1	1
von 51—75 Endfarben	1	1,5	1,5
von 76—100 Endfarben	1,5	1,5	1,5
für je weitere angefangene 25 Endfarben	0,5	0,5	—
c) für Spiegeln ^{10/10} lose u. geb.	0,5	—	—
^{20/20} "	0,5	0,5	1
^{30/30} "	1	1	1
^{40/40} "	1	1	1,5
^{50/50} "	2	2	2,5
d) für Bündeln, Einlegen ^{10/10} lose	0,5	0,5	0,5
^{20/20} geb.	0,5	0,5	0,5
^{30/30} lose	0,5	0,5	1
^{40/40} lose	0,5	1	1
^{50/50} lose	1	0,5	1
^{100/100} lose	1,5	2	2,5
e) f. Pressen, Einzelpressg. ^{10/10} lose	0,5	0,5	—
^{20/20} geb.	0,5	—	—
^{30/30} lose	0,5	0,5	0,5
^{40/40} lose	0,5	1	0,5
^{50/50} lose	1	0,5	0,5
2. a) für Links- u. Rechtsfortieren	0,5	0,5	0,5
b) Spiegelpressung für Bretterarbeit	—	—	—
für Bretterarbeit	0,5	0,5	0,5

Berzinger

in Sortierkl. a u. b

^{1/10} und ^{1/20} Packung	3,5	3,5
^{1/20} und kleinere Packungen	3,5	4

C. Kistenmacher

a) Kisten vollständig beklebt	6
b) Blankokisten	4,5
c) Versandfertig machen	0,5
d) Nageln (Kumpf u. Boden) mit der Hand	1,5
mit der Maschine	1

D. Zeitlohnarbeiter

männliche	weibliche
bis zu 15 Jahren	bis zu 15 Jahren
0,5	0,5
bis zu 16 Jahren	bis zu 16 Jahren
0,5	0,5
bis zu 18 Jahren	bis zu 18 Jahren
0,5	0,5
bis zu 20 Jahren	bis zu 20 Jahren
1	1
bis zu 23 Jahren	über 20 Jahre
0,5	1
über 23 Jahre	
1	
verheiratete Arbeiter ohne Rücksicht auf das Alter	
1	

Bezirks- und Betriebslöhne

Lohnsätze, die nach den tariflichen Bestimmungen der bezirklichen oder betrieblichen Regelung unterliegen, wie z. B. die Akkordlöhne der Zuriichter, müssen zur Feststellung der am 1. Oktober in Kraft tretenden Lohnerhöhung auf den Reichsgrundlohn zurückgerechnet werden.

Richtlinien für das Pudern und Mattieren von Zigarren

Nach Fühlungnahme mit den Landesregierungen und den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen sind vom Reichsarbeitsministerium die nachstehenden Richtlinien aufgestellt worden, die in einigen Punkten von den Richtlinien abweichen, die wir voriges Jahr im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 11 veröffentlicht haben. Die neuen Richtlinien lauten:

Zigarren dürfen nur in gut entlüfteten Räumen mattiert (gepudert) werden, die von den übrigen Arbeitsräumen getrennt sind.

Für das Mattieren (Pudern) sind geeignete Apparate zu benutzen, aus denen Staub nicht in die Arbeitsräume entweichen kann, und in denen die Zigarren von dem anhaftenden überschüssigen Staub soweit als möglich gereinigt werden. Die Verschlüsse der Apparate dürfen erst dann geöffnet werden, wenn der Staub sich abgesetzt hat. Kästen, deren Verschlussdeckel während des Mattierens mit der Hand festgehalten werden muß, sind unzulässig. Vor den weiteren Bearbeitungen an den Sortiermaschinen ist der überschüssige Staub durch Ablassen der Zigarren unter geeigneten Abaugevorrichtungen zu entfernen.

Die Sortiermaschinen, auf denen mattierte (gepuderte) Zigarren sortiert werden, sind täglich nach Beendigung der Arbeitszeit und im Laufe des Tages dann, wenn sie von Zigarren geräumt sind, feucht abzuwischen. Der zum eigentlichen Sortieren freibleibende Teil der Tischflächen ist trocken zu säubern, bevor die Arbeitnehmer zu Beginn der Lüftungspause gemäß § 4 Ziff. 2 der Bekanntmachung über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen vom 17. Dezember 1907 (RGBl. S. 34) den Arbeitsraum verlassen.

Die Zigarren brauchen vor der weiteren Verarbeitung nicht abgeblasen zu werden, wenn nach dem Mattieren der überschüssige Staub bereits innerhalb der Maschine durch Abblasen oder Abbürsten entfernt wurde.

Der restliche Staub in den gefüllten Versandkisten oder auf den gebündelten Zigarren darf nur in einem gesonderten Raume und vor einem ins Freie mündenden Abzuge entfernt werden. Nach Möglichkeit ist der Staub abzusaugen.

Für die Arbeiten beim Mattieren (Pudern) von Zigarren sowie für das Sortieren und Packen mattierter (gepudert) Zigarren dürfen nur gesunde, über 21 Jahre alte Arbeitnehmer verwendet werden. Von dieser Bestimmung kann abgesehen werden, wenn die vorhandenen Mattierungsapparate oder andere Schutzmaßnahmen eine schädigende Staubeentwicklung beim Mattieren und bei der weiteren Behandlung der Zigarren hintanzuhalten vermögen.

Der Kampf um die Zigarrenmaschine in Amerika

Unterm 19. August wird der „Süddeutschen Tabakzeitung“ von Hrn. aus Havanna berichtet, daß im Jahre 1926 eine der ältesten kubanischen Zigarrenfabriken eine Anzahl amerikanischer Maschinen zur automatischen Herstellung von Zigarren einfuhrte. Aus diesem Anlaß traten die bis dahin in der Fabrik beschäftigten Arbeiter in Streik, und die Fabrik war genötigt, unorganisierte Arbeiter einzustellen. Nunmehr, nach nahezu 4 Jahren, ist dieser Streik beigelegt worden, und die alten Arbeiter nehmen die Arbeit in der Fabrik wieder auf. Die Fabrik hat sich bereit erklärt, ihre bekannten Marken nicht mehr auf Maschinen herstellen zu lassen, sondern wie früher in reiner Handarbeit, der die Fabrik und die kubanische Zigarrenindustrie ihren Ruf verdankt. Die Fabrik verpflichtete sich, auf mechanischem Wege nur neu zu schaffende und bisher unbekannt

Marken herstellen zu lassen. Nach einer Veröffentlichung in einer maßgebenden Tageszeitung in Havana soll die Föderation der Arbeiter für die Unterhaltung des Streiks in den vergangenen 5 Jahren 95 000 Dollar ausgegeben haben. Die Fabrik beabsichtigt, zur Verbesserung der Produktion eine halbe Million Dollars aufzuwenden. — Die von Anfang an in Kuba überaus scharf bekämpfte Einführung der Zigarrenmaschinen hat somit zu einem negativen Resultat geführt, da nur eine einzige Fabrik mit diesen Maschinen arbeitet und auch diese die mechanische Herstellung aus ihrer regulären Fabrikation ausschalten muß.

Lohnerhöhung in der Rauch- und Schnupftabakbranche

Nach der am 21. November des vorigen Jahres getroffenen Vereinbarung (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 48, Jahrgang 1929) erhöhen sich die im § 4 des Reichstarifvertrages vorgesehenen Mindestlöhne um weitere 2 v. H., so daß die Gesamtlohnerhöhung 6 v. H. der bis zum 1. November 1929 in Geltung gewesenen Löhne beträgt. Die Mindeststundenlöhne betragen demnach vom 1. Oktober dieses Jahres an in

	Ortsklasse							Sond.- Klasse
	I	II	III	IV	V	VI	VII	
	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	35 %	50 %	
für Arbeiter im	§	§	§	§	§	§	§	

Alter bis zu 15 Jahren	21,47	22,54	23,61	24,68	25,76	26,83	28,98	32,2
von 15—16 Jahren	28,05	29,45	30,85	32,25	33,66	35,06	37,86	42,07
von 16—18 Jahren	37,49	39,37	41,24	43,12	44,99	46,87	50,61	56,24
von 18—20 Jahren	44,65	46,88	49,11	51,34	53,58	55,81	60,27	66,97
von 20—22 Jahren	55,81	58,6	61,39	64,18	66,97	69,76	75,34	83,71
von über 22 Jahren	65,54	68,82	72,09	75,37	78,65	81,92	88,48	98,31
fämtliche Verheiratete	74,13	77,83	81,54	85,24	88,95	92,66	100,07	111,19

für Arbeiterinnen im								
Alter bis zu 15 Jahren	19,75	20,74	21,72	22,71	23,7	24,68	26,66	29,62
von 15—16 Jahren	23,75	24,94	26,13	27,32	28,51	29,69	32,07	35,63
von 16—18 Jahren	30,91	32,46	34	35,55	37,09	38,64	41,73	46,36
von 18—20 Jahren	37,49	39,37	41,24	43,12	44,99	46,87	50,61	56,24
von über 20 Jahren	45,51	47,78	50,06	52,33	54,61	56,88	61,43	68,26

Arbeiterinnen, die einem Haushalt vorstehen und Kinder unter 14 Jahren haben, und Arbeiterinnen, die einen arbeitsunfähigen Ehemann haben, erhalten eine Zulage von 5 v. H. aus ihrem jeweiligen Lohne. Bei ledigen Arbeiterinnen tritt dann, wenn ihnen ein Anspruch auf diese Zulage nicht zusteht, sofern sie Kinder haben, zum jeweiligen Lohn eine Zulage von 2 v. H. aus diesem Lohn.

Gestorben sind:

- Am 13. August die Zigarrenarbeiterin Marie Bobbenkamp, 69 Jahre alt (Zahlstelle Spenge).
- Am 18. August der Zigarrenarbeiter Uwin Stroppe, 47 Jahre alt (Zahlstelle Seiffhennersdorf).
- Am 19. August die Zigarrenarbeiterin Marie Engelhardt, 73 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).
- Am 22. August die Zigarrenarbeiterin Anna Bludau, 55 Jahre alt (Zahlstelle Elbing).
- Am 24. August der Zigarrenarbeiter Karl Bender, 36 Jahre alt (Zahlstelle Eichstreuheim).
- Am 25. August die Zigarrenarbeiterin Lina Schmidt, 33 Jahre alt (Zahlstelle Hohenheim).
- Am 26. August der Zigarrenarbeiter Ludwig Jenz, 59 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 27. August der Zigarrenarbeiter Peter Gastein, 57 Jahre alt (Zahlstelle Osnabrück).
- Am 4. September die Zigarrenarbeiterin Ida Billmann, 46 Jahre alt (Zahlstelle Hohenheim).
- Am 6. September der Zigarrenarbeiter Ernst Trudel (Altona), 59 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 8. September die Zigarrenarbeiterin Luise Mülhaupt, 46 Jahre alt (Zahlstelle Brake).
- Am 8. September die Tabakfortiererin Martha Frijsche, 52 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 10. September der Zigarrenarbeiter Wilhelm Braun, 73 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 10. September der Zigarrenarbeiter Paul Groß, 61 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 11. September die Widelmacherin Catarina Stürken, 73 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 14. September der Zeitlohnarbeiter August Siekmann, 65 Jahre alt (Zahlstelle Herford).

Ehre ihrem Andenken!

Bekanntmachungen

Am 27. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig

Verband des „Tabak-Arbeiter“

Um die Leserinnen und Leser auf dem schnellsten Wege von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Lohnfrage in der Zigarrenherstellung in Kenntnis setzen zu können, mußte die Drucklegung und der Versand dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ um zwei Tage verschoben werden.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 6. September. Bünde 1000.—
- 11. Hamburg 400.—
- 13. Freistett 100.—, Leisnig 500.—, Andernach 20.—
- 15. Dresden 700.—, Danzig 150.—, Nordhausen 950.—, Jauer 200.—
- 16. Döherleben 150.—, Leipzig 1000.—, Hohenheim 500.—, Jastrów 150.—, Regensburg 500.—
- 17. Offenbach 100.—, Tressfurt 1400.—, Heidelberg 110.—, Kaiserslautern 115.—, Bruchsal 115.—, Heidenheim 105.—, München 105.—
- 18. Heidenheim 400.—, Kaiserslautern 200.—, Schöneck 800.—, Menzighüffen 250.—, Lampertheim 180.—, Spenge 250.—, Blotho 550.—, Nachen 250.—, Hanau 97,80, Gießen 102,40, Trier 500.—, Lahr 268,20, Emmendingen 118,20.
- 20. Bremen 450.—, Uetersen 70.—, Hartha 600.—, Offenburg 100.—
- 22. Danzig 150.—, Brake 300.—, Mainz 100.—, Braunschwalde 100.—, Berlin 4000.—, Nordhausen 800.—, Frankenberg 1000.—

Bremen, den 25. September 1930.

Joh. Krohn.

Gesucht wird:

zum 1. Oktober ein tüchtiger Zigarrenmacher mittleren Alters. Kost und Logis im Hause.

Nachfragen bei Gottlieb Ostertag, Altona an der Elbe, Langensfelder Straße 43 II.

Adressenänderung

Die Adresse des Gauleiters Max Clement ist jetzt:

Dresden-N. 1, Schützenplatz 16 III.

Fernsprecher: Sammelnummer der Gewerkschaftszentrale 24 521.

Die Zahn-Zwischenräume als Sitz überlieferter Speisereste reinigt man zweckmäßig mit der eigens dafür konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Vorstößschnitt in zwei Härtegraden von höchster Qualität 1 M., Kinderbürste 60 Pf. Nur echt in hygienischer blau-weiß-grüner Originalpackung.

Etwas verspätet!

Unserer lieben Kollegin

Anna Fischer

zu ihrem 25 jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen der Zahlstelle Geringswalde.

Ausschneiden! Einsenden!
Wert RM. 20.—
Erscheint nur dieses einmal!

Kein ohne unsere neu konstruierten ges. gesch. Raumton-Schalldose Grand Phonie Ueberraschende Musik-

verbesserung, täglich begehrte Dankschreiben. Verlangen Sie sofort Prospekte und Auktklärung gratis. **Schallplatten** gr. Ausw., erstkl. Qualität, 25 cm, doppelt. v. N. M. 2.— an. Auch bequemste Ratenzahl, ohne Aufschlag. Versand nur direkt an Private. Verzeichnisse gratis.

Schlott, Hohner & Co.
Harmonika- und Sprechapparate-Fabrik
Brunndöbra-Klingenthal 215/Sa.

Gummiwaren
Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Allee Jacobstraße 8

Amerk. beste Bezugsquelle für billig. böhmisch. Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschliffene 80.-
1.-M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M.,
weiße flaumige, geschliffene 1.70, 2.-,
2.50, 3.- M., feinste geschliff. Halb-
flaum-Herrschaftha-Federn 4.-, 5.-,
6.-, 1 Pfd. Kupffedern ungeschliffen
mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M.,
3.- M., allerfeinster Flaumkupf 3.50 M., 4.50 M. Ver-
sand postfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franco.
Umtausch gestattet, für Nichtpaß. Geld retour. Muster
und Preisliste gratis. S. Benisch in Prag XII,
Amerika ulice Nr. 902, Böhmen.

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliffene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschliffene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Nach der Wahl

Ein Plagregen von Papier ist auf die deutschen Staatsbürger niedergeprasselt. Mit allen Mitteln der Verdrehungskunst wurde gearbeitet. Von Selbsterkenntnis war keine Spur zu merken. Alle demagogischen Mittel wurden angewandt, um den Gegner als den allein Schuldigen für all das Elend, die Not und die Verzweiflung erscheinen zu lassen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Verdienstrückgang und was dergleichen Dinge mehr sind, waren willkommene Wahlhelfer der Demagogen. Die mißliche Lage, in die sehr viele Menschen ohne Verschulden geraten sind, wurde von gewissenlosen Elementen benutzt, um denkfähige Menschen vollends zur Verzweiflung zu bringen. Bei dem Mangel an politischem Sinn und den geringen Kenntnissen, die über Staatspolitik, Wirtschaft, Sozialpolitik usw. verbreitet sind, finden maßlose Versprechungen williges Gehör.

Selten ist soviel ungereimtes Zeug zusammen geschwätzt und wohl noch nie ist soviel geschwindelt worden wie zur letzten Wahl. Das Resultat ist unseren Leserinnen und Lesern bekannt. 11 Millionen Menschen von 34, mithin der dritte Teil, haben für die Diktatur oder Abarten derselben gestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich verhältnismäßig gut gehalten; doch wäre es unklug, wollten wir nicht erkennen, daß auch sie eine Schlappe erlitten hat. Ihre Stimmenzahl verminderte sich von 9 150 000 auf 8 572 000. Stimmten 1928 noch 29,8 v. H. aller Wähler für die SPD., so waren es jetzt nur 24,5 v. H. Die SPD. hat aus dem Zustrom der neuen Wähler keinen oder nur geringen Zuzug erhalten und auch den alten Bestand nicht ganz halten können.

Man konnte darauf gefaßt sein, daß die radikalen Parteien zunehmen würden; doch hat es niemand für möglich gehalten, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten einen derartigen Aufschwung nehmen würden. Die Stimmen der Nationalsozialisten haben sich verachtfacht. Es gab 6,4 Millionen deutsche Männer und Frauen, die im Segensabbat des Nationalsozialismus ihr Heil sehen. Eine Partei, die weder national noch sozialistisch, noch eine Arbeiterpartei ist, die nur mit verschwommenen Phrasen arbeitet, irgendwelche Taten nicht aufzuweisen hat, konnte einen derartigen Erfolg buchen! Wir dürfen an der Tatsache nicht vorüber gehen, daß die Mehrzahl der nationalsozialistischen Wähler Arbeiter und Angestellte sind. Es ist ein Trauerspiel sondergleichen, wenn man sich die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen, im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industriegebiet, im industriellen Rheinland usw., ansieht. In dem ehemals roten Sachsen, wo vor dem Kriege von 23 Wahlkreisen 22 durch Sozialdemokraten vertreten waren, bringen die Nationalsozialisten über 560 000 Stimmen auf. Alle die Enttäuschten, die

in einem landfremden Scharlatan den kommenden Mann sehen, mußten wirklich nicht, was sie taten. Wenn nicht soviel auf dem Spiel stände, so müßte man wünschen, daß jene Elemente einmal das Staatsschiff in die Hand nehmen. Aber außer einem großen Trümmerhaufen würden sie nichts hinterlassen.

Die bürgerlichen Parteien der Mitte sind schuld daran, daß es so gekommen ist. Der Wahlkampf wurde geführt unter dem Motto: Schonung der Wirtschaft! Die Wirtschaft sei überlastet und müsse endlich einmal eine mehrjährige Schonfrist erhalten. So verkündeten die Brüning, Schiele, Dietrich und Genossen, von der Schonung der Willkionen, die ohne Existenzmittel auf der Straße liegen, wurde nicht gesprochen. Im Gegenteil, man suchte ihnen den letzten Halt durch Entziehung und Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung zu nehmen. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurden Dinge in die Schuhe geschoben, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden können. Die verkehrte kapitalistische Entwicklung, die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft mit den aufkommenden Problemen nicht fertig zu werden vermochte, wurde denjenigen zur Last gelegt, die sich wirklich ernsthaft bemühten, das ruhelose Auf und Nieder durch eine stete Entwicklung in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzulösen. Wie Figura zeigt, sind Millionen Menschen auf diesen Schwindel hereingefallen. Es ist ein schwacher Trost, daß die bürgerliche Mitte dabei vor die Hunde ging. Gewinner ist allein das Zentrum, das seine Kandidaten um 6 vermehren konnte. Diese Partei ist der größte Nutznießer der Frauenwahl.

Man zog aus, um den Marxismus in Deutschland endgültig zur Strecke zu bringen. Von denjenigen, die das Wort Marxismus in den Mund nehmen, hatte kaum einer eine Ahnung, was der Marxismus eigentlich bedeutet. Daß diese Lehre 50 Jahre hindurch alle Wissenschaften mehr oder weniger zu beeinflussen vermochte, daß die tatsächliche Entwicklung im Sinne der Voraussagungen von Marx verlief, war selten einem von jenen Marxvernichtern bekannt. Unter Marxismus verstand man ja auch etwas ganz anderes. Man meinte damit die politische und wirtschaftliche Machtgeltung der Arbeiterklasse. Sie wollte man treffen. Ist der Marxismus wirklich besiegt worden? Die Sozialdemokratie hat sich wie ein Fels im Meer erwiesen. Betrachtet man Sozialdemokraten und Kommunisten als Vertreter der marxistischen Lehre, so kann man von einer Niederlage des Marxismus keineswegs sprechen. Beide Parteien zusammen brachten am 14. September rund 13 Millionen Stimmen auf gegen 12,4 Millionen 1928. Aber es ist nicht zu leugnen, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur 37,5 v. H.

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruchland

XI.

(Nachdruck verboten.)

Dr. Kurt Wallner feierte heute seinen 33. Geburtstag, das heißt im eigentlichen Sinne feierten ihn die Arbeiter des Werkes. Er hielt an den Gepflogenheiten seines Vaters fest, der den Leuten einmal jährlich eine Freude machte in Gestalt einer Freitafel, an die sich am Abend ein vergnüglicher Ball schloß.

Er selbst war mitten unter ihnen der Lustigsten einer, nur vom Tanz schloß er sich aus, obgleich er in diesen Kreisen, wo ihn die Frauen und Töchter seiner Arbeiter gleich diesen liebten und verehrten, keinen Korb erhalten hätte.

Jede von ihnen wartete darauf, angesprochen zu werden, und wem er sich gar in längerer Unterhaltung widmete, fühlte sich geehrt und hochbeglückt.

Auch Rudolf war am Nachmittag nach Ramsdorf gekommen, um an dem Böbel Studien zu machen, wie er Hans von Zürgens gegenüber sich ausdrückte, sobald er nach den Werken ging. Seitdem er als Geschworener zu fungieren hatte, konnte er sich mit wahrer Wollust in die Idee wühlen, daß er tatsächlich ein auserwählter Mensch sei, der hoch über jenen stand, die das Armesünderbänkchen zierten.

Vor seinen Augen fand keiner Gnade, denn als wohlstüttender Herr, der warm und trocken saß und sein Feuer schon bereits bei seiner Geburt herein hatte, vermochte er sich nicht im entferntesten in die Lage jener armen Teufel zu versetzen, die meist aus Not gehandelt und die Schranken der Geseze nicht im Uebermut durchbrochen hatten. Sein Horizont ging nicht über die Grenzpfähle seines Standes hinaus — wie konnte er also Taten beurteilen, deren Saat und Entwicklung ihm fremd und unbekannt waren?!

Die Herrschaft saß im Pavillon des Gartens, der das Herrenhaus umzog. Frau Kommerzienrat Wallner hätte gern an benachbarte und sonst befreundete Familien zu diesem Tage Einladungen ergehen lassen, doch widersetzte sich Kurt ihrem Vorhaben ganz energisch.

Mehr als je gehörte er seinen Arbeitern und denen, die aus einer Welt wiederkehrten, wo der Mensch aufhört, Mensch zu sein und nur als Nummer registriert wird. Daß dieses Feld auch gar so ungepflügt und unbekannt wäre, hatte er nicht vermutet. Wieviel Elend barg der verhältnismäßig kleine Kreis, dem er bislang nähergetreten war! Und die Welt war so groß! Aber es existierte zuwenig wahres Christentum, obgleich dessen Lehre weit verbreitet sein sollte.

Rudolf betrachtete seinen Bruder, der recht hinsällig schien. In Wahrheit fühlte sich dieser körperlich wohl — was ihn elend machte und seinen Zügen ein krankhaftes Gepräge gab, waren fremde Leiden, die seine sensible Natur als eigene empfand.

der gesamten Wählerschaft erfassen konnten gegen 40,4 v. H. vor 2 Jahren.

Ein Trost ist uns geblieben: die Gewerkschaften werden von den politischen Umwälzungen nicht allzu stark berührt. Sie sind der Hort, ein Rocher de bronze. Mögen sich die Jünglinge auf der Eselswiese des politischen Versammlungskampfes austoben wie sie wollen, im gewerkschaftlichen Leben entscheidet die ruhige Ueberlegung und letzten Endes der Erfolg. Auf dem schlüpfrigen Boden der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kämpfe werden sie zu Fall kommen, wenn sie es versuchen sollten, auf diesem Gebiete Vorbeeren zu ernten. Je schlimmer es auf dem Gebiet der Politik aussieht, desto fester müssen wir die Bastionen der Gewerkschaftsbewegung ausbauen. Das Unternehmergeld, welches im Wahlkampf verpulvert wurde, sollte nicht nur die Sozialdemokratie aus ihren Positionen verdrängen; noch viel mehr hatte man die Schwächung der gewerkschaftlichen Stellung im Auge. Man wollte politisch das durchsetzen, was man in offener Feldschlacht gegen die Gewerkschaften nicht zu erreichen vermochte. Die Wahl vom 14. September 1930 sollte uns die Erkenntnis bringen, daß die Gewerkschaftsbewegung der letzte Hort ist, den es zu verteidigen gilt. Eine systematische und konsequente Organisationsarbeit muß einsetzen, damit die Schlappe bei den Wahlen wieder ausgewetzt werden kann. Die Möglichkeit dazu ist durchaus vorhanden.

Notverordnung ohne Not

Der Eingriff in die Krankenversicherung durch die Notverordnung des Reichspräsidenten beruht auf der Voraussetzung, daß — wie ja auch immer wieder in der bürgerlichen Presse behauptet wurde — in der Krankenversicherung sich erhebliche Mißstände herausgestellt haben. Eine vorurteilslose Betrachtung der Tatsachen, wie sie die Statistik ermöglicht, zeigt aber nichts dergleichen. Soeben wird vom Hauptverband deutscher Krankenkassen im Jahrbuch der Krankenversicherung 1929 (Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg) eine Erhebung über die Verhältnisse bei den Ortskrankenkassen veröffentlicht, an der sich etwa zwei Drittel aller Ortskrankenkassen mit vier Fünftel der Mitglieder beteiligt haben. Aus dem umfangreichen und äußerst interessanten Material geben wir folgendes wieder:

Die Krankheitshäufigkeit (Erkrankungsfälle mit Arbeitsunfähigkeit und Inanspruchnahme von Krankengeld oder Krankenhauspflege) ist bei den männlichen Versicherten größer als bei den weiblichen, bei den Versicherungsberechtigten erheblich geringer als bei den Versicherungspflichtigen. Offenbar wird von den freiwillig Versicherten bei leichteren und kürzeren Erkrankungen Krankengeld nicht in Anspruch genommen. Die Krankheitsdauer übersteigt umgekehrt bei den weiblichen Versicherten die der männlichen Mitglieder. Das Krankheitsrisiko (Unterstützungstage je 100 Mitglieder) ist bei den weiblichen Versicherungspflichtigen ein wenig höher als bei den männlichen, bei den Versicherungsberechtigten wiederum erheblich niedriger. Anstaltsunterbringung (Krankenhaus- und Kurheimpflege) kommt überwiegend für weibliche Versicherungspflichtige in Betracht (Hausgehilfinnen). Die Verweil-

dauer in Krankenhaus (durchschnittlich 20 Tage) ist bei den Versicherungsrechtigten erheblich kürzer als bei den Versicherungspflichtigen (sozial Bessergestellte, Ehefrauen). Betriebsunfälle sind naturgemäß am häufigsten bei den männlichen Versicherungspflichtigen. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Einzelfalle steht hier wieder in umgekehrtem Verhältnis zu der Häufigkeit der Erkrankungen, wahrscheinlich infolge der größeren Bedeutung der häufig schweren Straßenunfälle für die im Betriebe weniger gefährdeten Mitgliedergruppen. Bei der Wochenhilfe sowohl für die Versicherten als für die Familienangehörigen zeigt sich eine Zunahme der Stilltage je Fall. Etwa vier Fünftel aller Wöchnerinnen haben ihre Kinder gestillt, und zwar zum größten Teil volle zwölf Wochen. Dagegen wird noch wenig (nur etwa von einem Fünftel der Versicherten) Gebrauch gemacht von den Möglichkeiten der erweiterten Wochenhilfe, d. h. von dem Niederlegen der Arbeit und dem Bezahlen des Wochengeldes bereits für die fünfte und sechste Woche vor der Entbindung. Auch die Gewährung von drei Vierteln des Grundlohns als Wochengeld auf Grund der Novelle zur RVO. vom 18. Mai 1929 hat hier wahrscheinlich, wegen mangelnder Aufklärung, noch keine wesentliche Besserung gebracht.

Der Rechnungsabluß zeigt gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige Steigerung der Einnahmen (um knapp 5 v. H.), die etwa derjenigen der Durchschnittslöhne entspricht. Die von einer Reihe von Kassen durchgeführte Heraufsetzung des Beitragsfußes wurde erzwungen und wird voll und ganz aufgewogen durch den Einnahmeentgang infolge der Arbeitslosigkeit. Wie auf Grund besonderer Berechnungen festgestellt werden konnte, beträgt der Grundlohn und damit der Krankentassenbeitrag des Arbeitslosen im Durchschnitt nur 30 v. H. des Grundlohns beim arbeitenden Mitglied.

Entgegen dem Vorjahr, jedoch entsprechend der allgemeinen Entwicklung, sind sämtliche Sachleistungen mehr als die Barleistungen gestiegen. Der Aufwand für Krankengeld hat sich nur um etwa 3 v. H. erhöht. Am stärksten fand gegenüber dem Vorjahr gestiegen die Kosten für Arznei- und Heilmittelversorgung (um 14 v. H.). Die Arztkosten sind ebenso wie im vergangenen Jahr um 11 v. H. angewachsen. Bei einem Vergleich der Ausgaben je Mitglied 1929 und 1914 weisen Zahnbehandlungskosten und Wochenhilfe die stärksten Steigerungen auf, zwei Gebiete, auf denen die Leistungen, besonders in der Familienhilfe, stark ausgebaut worden sind. Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zu den Leistungen gegenüber der Vorkriegszeit gesunken.

Die Versicherungsleistungen machen 91,42 v. H. der Gesamtausgaben und 89,69 v. H. der Beitragseinnahmen aus. Das Gesamtvermögen der Kassen beträgt 37 v. H. der Jahresausgabe, während auf Grund des Gesetzes allein die Rücklagen dieser Ausgabe gleichkommen sollten.

Die Mitgliederbewegung ist durch die Arbeitslosigkeit beeinflusst (Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder in den Wintermonaten). Im Gesamtergebnis zeigt sich eine wesentliche Zunahme (um 9,5 v. H.) nur bei den Versicherungsberechtigten, ein erneuter Beweis für die trotz aller Hege zunehmende Anerkennung der von den Ortskrankenkassen gewährten Leistung.

Besondere tabellarische Zusammenstellungen zeigen, ebenso wie in den Vorjahren, erhöhte Beiträge, aber dementsprechend auch erhöhte Leistungen der größeren Kassen, die auch bei gleichen Beiträgen leistungsfähiger erscheinen. Dabei ist das Krankheitsrisiko höher als bei den kleineren Kassen. Dieses erhöhte Krankheitsrisiko erklärt sich, wie gleichfalls zahlenmäßig nach-

„Warst du schon drüben bei den Leuten, Rudolf,“ fragte Frau Wallner.

„Rein, Mama, ich habe Kopfschmerz und da drüben geht es mir zu geräuschvoll zu,“ lautete die Erwiderung.

„Das gibts immer nach schweren Sitzungen,“ warf Kurt spöttisch ein. „Salt es wie ich, trink Wasser!“

„Das wird dir immer am bekömmlichsten sein,“ sagte Rudolf und wandte sich hierauf an seine Mutter: „Ich hatte heute allerdings eine schwere Sitzung, Mama. Aber nicht in Sekst, wie mich mein edler Bruder anschwärzen möchte, sondern drin im Schwurgericht.“

„Aber, Rudolf, wenn es dich anstrengt, wäre es doch im Interesse deiner Gesundheit richtiger, dich frei zu machen,“ sagte seine Mutter in besorgtem Tone.

„Was ist da zu tun, Mamachen. Entzückt bin ich auch nicht davon, aber es ist doch nun einmal Pflicht. Du glaubst gar nicht, was man da alles zu hören und zu sehen bekommt! Fast müßte man die Gefahr einer Infektion fürchten, wenn man nicht so taktfest wäre.“

„O weh!“ meinte Kurt sarkastisch. „Demnach müßte ich schon durch und durch verseucht sein. Denn ich reiche denen, die mein Bruder par distance verurteilt, nach ihrer Wiederkehr die Hand.“

„Manche Menschen sind immun,“ lautete Rudolfs wegwerfende Aeußerung.

„Ein Vorzug mehr für mich,“ meinte Kurt.

Hastig fiel Frau Wallner Rudolf ins Wort: „Was war es denn für ein Fall, der dich so angriff, daß du jetzt noch darunter leidest?“

„Die alte Geschichte, Mamachen, die ewig neu passiert. — Ein Lehrer saß auf der Anklagebank wegen Verführung von Minderjährigen.“

„Wie furchtbar,“ rief sie aus.

„Der Mann hatte übrigens Geschmack. Die Kleine, sein Opfer, war ein reizender Käfer, wirklich, ganz patentes Kerlchen,“ die Erinnerung schien ihm augenscheinlich Vergnügen zu bereiten, er wurde von weiteren Ergüssen durch Kurts Entgegnung abgehalten, der ihm heftig zurief: „Der Kommentar ist sehr überflüssig.“

Auch Frau Wallner war davon unangenehm berührt. Sie verwies ihm auf das Ungehörige seiner Worte: „Pfui, Rudolf, wie kannst du so reden!“

Dieser saß mit übergeschlagenen Beinen im bequemen Triumphstuhl und verfolgte mit seinen Blicken den Rauch seiner Papyros; in den Mundwinkeln spielte verstecktes Lächeln.

Nach einer Pause frug Frau Wallner: „Wurde er denn verurteilt?“

„Und ob! Es gibt doch nichts Verwerflicheres, als solch unerfahrenes Mädchen zu verführen! Die ist doch ruiniert fürs ganze Leben. Sie haben ihm selbstverständlich mildernde Umstände versagt und ihm fünf Jahre Zuchthaus aufgebrannt,“

gemessen werden konnte, aus dem Standort der Rassen in Groß- und Mittelstädten. Der gleiche Einfluß des Standortes zeigt sich auch sowohl bei der Morbidität (Behandlungsfälle je 100 Mitglieder) und den dadurch beeinflussten Arzt- und Arzneikosten, als auch beim Verwaltungsaufwand (höhere Gehälter und Mieten an den größeren und damit teureren Orten). Wodurch die höheren Krankheitsziffern (sowohl für arbeitsfähige als für arbeitsunfähige Kranke) in den Städten — und hier wieder gestaffelt nach Groß-, Mittel- und Kleinstädten — letztlich begründet sind, läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Wahrscheinlich wirken verschiedene Momente zusammen: schlechterer Gesundheitszustand, erhöhte Anforderungen der rationalisierten Industrie (Unmöglichkeit der Schonung im Betrieb, mit Rücksicht auf die vom Arbeiter unabhängige Arbeitsintensität und -menge, deshalb vorübergehende Ausschaltung und infolgedessen Arbeitsunfähigmeldung der in ihrer Leistungsfähigkeit durch ein auch nur leichtes Unwohlsein Behinderten), ferner höhere gesundheitliche Ansprüche infolge der besseren ärztlichen Versorgung und der Aufklärung der Bevölkerung. Auf jeden Fall zeigt der nicht mehr abzuleugnende Einfluß des Standortes auf die Ausgabenhöhe, daß die Ausgabensteigerung in der gesamten Krankenversicherung wesentlich eine Folge der zunehmenden Urbanisierung (Verstädterung) und Industrialisierung, also unabhängig von der eigentlichen Rassengebarung ist. Damit verlieren die immer wiederholten Behauptungen über „Verschwendung“ und „Mißbräuche“ in der Krankenversicherung ihre sachliche Unterlage.

Gesunde Küche im Oktober

Die moderne Hausfrau hat schon lange gelernt, für die zweckmäßige Ernährung ihrer Familie nicht nur das Kochbuch, sondern auch den Arzt zu Rate zu ziehen. Denn nicht nur gut und billig, sondern vor allem auch nahrhaft soll alles das sein, was sie auf den Tisch bringt. Da ergibt es sich fast von selbst, daß man in erster Linie die Erzeugnisse der „Saison“ berücksichtigt. Im Oktober wird der Markt beherrscht von Obst und Gemüse. Vom letzteren sind besonders die Kohlarten, Weißkohl, Rotkohl und Blumenkohl, hervorzuheben, die reich sind an Vitaminen und Nährsalzen. Sie eignen sich auch zu verschiedenartigsten Zubereitungen, z. B. als Kohlroutaden oder als Beilage zum Fleisch, das man aus gesundheitlichen Gründen keinesfalls zu sehr in den Vordergrund der Ernährung stellen sollte. Aus gleichen Gründen, wie bei Kohl und Salaten, empfiehlt sich der Genuß reifer Tomaten, die geradezu als Oktoberfrüchte angesprochen werden dürfen. Auch hier wird die Mannigfaltigkeit der Zubereitung den Genuß noch erhöhen. Ueberreich ist die Fülle des Obstes, mit dem uns der Oktober beschenkt. Birnen, Äpfel und Pflaumen in allen Spielarten stehen zur Verfügung, und vor allem Weintrauben. Sämtliche Obstsorten sind für unsere Ernährung außerordentlich wertvoll durch ihren Gehalt an besonderen Zuckerarten, Vitaminen und Nährsalzen und nicht zuletzt durch ihre verdauungsregelmäßige Einwirkung auf unseren Körper. Hier von macht man gewöhnlich in Gestalt von sog. „Trauben-

kuren“, besonders im Westen und Süden unseres Vaterlands, wo die Trauben wachsen, ausgiebigen Gebrauch. Eine solche, aber nur nach ärztlicher Vorschrift durchgeführte Traubenkur erfordert allerdings einen täglichen Verzehr von 3—4 Pfund Trauben, und ihm setzt der Geldbeutel manchmal einen Niegel vor. Glücklicherweise läßt sich aber eine Traubenkur auch mit gleichem Erfolge und mit leicht erswinglichen Mitteln durch Genuß von Traubenfüßmost durchführen, der aus frisch gepreßtem Traubensaft hergestellt wird und zugleich ein erfrischendes Getränk abgibt. Es erübrigt noch darauf hinzuweisen, daß Obst und Gemüse in jedem Falle sorgfältig vor dem Genuß zu reinigen sind, um die der Oberfläche anhaftenden Schmutz-, Staub- und Krankheitsstoffe zu entfernen.

Daß deutsches Gemüse und deutsches Obst der ausländischen Ware in keiner Weise nachsteht und daher von den deutschen Frauen auch aus volkswirtschaftlichen Gründen stets bevorzugt werden sollte, versteht sich von selbst. Auf Wiederlesen im November.
Dr. E. R.

Arbeit und Schule

In Braunschweig, wo wir neben Hamburg die fortschrittlichste Schulverwaltung in Deutschland haben, beschäftigt man sich mit einer völligen Neugestaltung des Volksschulwesens. Hier sind entschiedene Schulreformer tätig, und die Reformen, die man da zu schaffen gedenkt, geschehen im Einverständnis mit der Volksschullehrerschaft.

Eine der wesentlichsten Aenderungen, die man zugleich mit der Neugestaltung der Volksschule plant, ist die Verlängerung der Schulzeit. Ein Gedanke, der auch in der Gewerkschaftsbewegung zur Diskussion gestanden hat. Allerdings plant man in Braunschweig eine Verlängerung der Schulzeit um 2 Jahre. Das bedeutet natürlich mit der einschneidenden Bedeutung für die öffentlichen Mittel auch eine starke Belastung vieler wirtschaftlich schwacher Familien, und darum ist man sich in Braunschweig auch der Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Unterrichtsmittel, der Schulgeldfreiheit und des Ausbaus der Erziehungsbeihilfen bewußt.

Was eine Verlängerung der Schulzeit für das Wirtschaftsleben bedeutet, zeigt eine Zahl, die man für das Jahr 1928 errechnet hat. Danach hält nur ein Schuljahr mehr, ein neuntes Schuljahr, dem Arbeitsmarkte 1 317 309 Vierzehnjährige fern, worin die Verbindung solcher Reform mit dem Arbeitslosenproblem klar zum Ausdruck kommt.

Bedeutungsvoll ist aber bei einer Verlängerung der Schulzeit auch die Frage der geistigen Reife der Jugend, über die man auf Grund neuer Untersuchungen vielfach andere Auffassungen als früher hat. Besonders lehrreich sind in der Beziehung Erhebungen, die man an Tausenden von Schülern und Berufsschülern in Leipzig machte. Nach den Angaben, die Ch. Bühler vom Psychologischen Institut in Wien in der „Erziehung“ hierüber macht, ist der Zeitpunkt, in dem die Jugendlichen am besten fähig sind, an Beruf und Arbeit heranzutreten, das 16. Lebensjahr. Während alle Neuerungen der 12—15jährigen, so heißt es

sagte Rudolf wohlgefällig. Dann fügte er hinzu: „Das war noch viel zu billig für solche Schurkerei!“

„Erlaube mal! Sitze einmal fünf Jahre lang — büße einmal so lange und dann wollen wir uns wieder sprechen. Von zu billig kann da niemals die Rede sein,“ wandte Kurt ein.

Seine Mutter pflichtete ihm bei: „Auch ich kann mich der Ansicht nicht verschließen, daß die hohe Strafe dem Mann nichts nützt. Denn sie kommt ja doch zu spät und kann die Tat nicht ungeschehen machen.“

„Das kann sie nicht! Aber Strafe muß sein! Und je schlimmer die Tat, desto höher muß die Strafe ausfallen, um das Individuum auf möglichst lange unschädlich zu machen,“ sagte Rudolf im Brustton vollster Ueberzeugung.

„Wenn der Mann sich wirklich bessern will, tut er es mit der Hälfte der Strafzeit auch,“ sagte Kurt ernst.

„Mich stört es am meisten, daß du mithelfen mußt, über einen Menschen zu urteilen, womöglich gar einmal zu Unrecht, das ist mir ein beklemmender Gedanke,“ war Frau Wallners Erwiderung.

„Aber ein überflüssiger, Mama. Es wird keiner verurteilt, der nicht wirklich schuldig ist und die Höhe der Strafen überschreitet nie das zulässige Maß“, lautete seine zuversichtliche Entgegnung.

Sein Bruder sah ihn an und meinte trockenem Tones: „Nur manchmal! Denn es sind eben auch nur Menschen, die zu Gericht sitzen.“

Rudolf stand erregt auf und entgegnete hochfahrend: „Zumerhin aber Menschen, die durch die Integrität berufen sind, Recht zu sprechen!“

Gleichmütig gab Kurt zurück: „Mensch ist Mensch!“ — — —

Drüben stiegen eben die ersten Raketen in die Luft, obwohl es noch licht am Firmament war, gemiß ein paar vorreilige Jungen, die den Beginn des für den Abend angelegten Feuerwerks nicht erwarten konnten.

Kurt stand auf und begab sich hinüber zu den Leuten, die ihn einstimmig umjubelten.

Unterdes sorgte Frau Kommerzienrat Wallner mit einer Anzahl Dienstpersonal für das Abendessen der Leute. Ganze Berge Brot wurden auf den langen weißgebedekten Tischen verteilt, am Nachmittag waren zwei Mädchen mit Schneiden der Braten und Würste beschäftigt, mehrere Schokk Eier wurden schnell gekocht und alles zierlich angerichtet.

Diese Massenabfütterung zu bewältigen, war keine kleine Mühe, sie stellte an das Personal des Hauses gewaltige Anforderungen, aber Kurt bestand auf der Durchführung des alten Brauchs, obwohl seine Mutter gerade diesen Teil der Feier am liebsten unterschlagen hätte.

Kurt wußte, daß sich hauptsächlich die Frauen und Kinder seiner Leute auf das Abendessen freuten. Es wurde so reichlich gegeben, daß sie sich, falls sie Lust und Schneid dazu hatten, noch für den nächsten Tag einstecken konnten.

da, eine unzulängliche Einstellung zum Berufe zeigen, ist die Stellungnahme der 16jährigen Lebensjahre und verantwortungsbewußt. Demnach ist die Heraushebung des Schulalters ein Problem, das unsere starke Aufmerksamkeit verdient.

Dieses kritische Alter der 15- und 16jährigen hat aber auch eine große Bedeutung für die, die noch weiter zur Schule gehen. Man hat bei jungen Menschen von 17—20 Jahren, die noch den theoretischen Unterricht einer Schule besuchen, festgestellt, daß bei ihnen dieser Sinn für das Lebensnahe gelitten hat und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Leben zu verkümmern begann. Das Alter von 15 und 16 Jahren scheint demnach das Alter zu sein, das zu praktischer Beschäftigung mit dem Leben zwingt. „Die praktische Energie“ kann dann nur in der Vorbereitung auf das Leben gestählt werden. Das zeigt, daß unser ganzes Schulwesen einer Umgestaltung bedarf. Es geht nicht ohne das Praktische, das Schaffen, einen Werkunterricht, in dem sich auch das Theoretische der Schule zu erproben und zu bewähren hat.

Aus diesem Verkümmern des Sinnes für das Lebensnahe durch die Schule in diesen wichtigen Jahren kommt es vielleicht, daß die Intellektuellen so wenig Verständnis haben für die praktisch-sozialen Notwendigkeiten und die Aufgaben einer wirtschaftlich-sozialen Gestaltung. Die Schule muß von Grund auf eingestellt auf das Leben sein, daß die Menschen beruflich wie auch als soziale Glieder des Volkes ihre Aufgabe erfüllen können.

Darum hat die Gewerkschaftsbewegung das größte Interesse an einer modernen, psychologischen und wirtschaftlich richtigen Gestaltung unserer Schule, deren Reformbestrebungen mit der sittlichen Erziehung auch dem Arbeitsgedanken zu dienen haben, da er der praktische Kernpunkt des Zusammenlebens ist.

Gau- und Zahlstellenberichte

Leipzig. Am 16. August tagte eine Mitgliederversammlung im Volkshaus, die verhältnismäßig sehr gut besucht war. Kollege Lampe gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt, woraus zu ersehen war, daß die wirtschaftliche Krise sich auch in den Kassenverhältnissen bemerkbar macht. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Hierzu gab der Vorsitzende Kollege Reschke bekannt, daß noch ein großer Teil von Beitragsresten bei verschiedenen Mitgliedern vorhanden sei; er ermahnte die Anwesenden, dahin zu arbeiten, daß diese Mißstände schnellstens beseitigt werden. Hierauf wurde vom Vorsitzenden über die Auswirkungen der Notverordnungen, resp. die Schädigungen, welche durch die verschiedensten neuen Bestimmungen, der Arbeiterschaft, in der Kranken- und Erwerbslosenversicherung, der Leibgensteuer usw., bevorstehen, referiert. Nach kurzer Diskussion wurde nachfolgende Entschlieung, zur Ueberweisung an den Hauptvorstand, sowie gleichzeitig an den Ortsausschuß des A.D.G.B. Leipzig, bei einigen Stimmhaltungen, angenommen: „Die in der am 16. August 1930 tagenden Mitgliederversammlung anwesenden Kollegen und Kolleginnen nehmen Kenntnis von den bevorstehenden Verschlechterungen, die der Arbeiterschaft durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung drohen, und erheben schärfsten Protest dagegen. Als wirksamste Gegenmaßnahme muß gefordert werden, die Ausrufung der gesamten Arbeiterschaft zum entschlossenen Kampfe bis zur restlosen Abwehr aller dieser Diktaturbestimmungen, um einer weiteren Verles-

ung entgegenzusteuern. Der Hauptvorstand muß von sich aus, sowie auch durch die Beantragung unserer Forderungen beim A.D.G.B., lektoren dahingehend auffordern, gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu beschließen und durchzuführen.“ Unter Verbandsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß einige geringe Beträge, die als Notstandsdarlehen an verschiedene Mitglieder während des Streiks 1927 gegeben wurden und trotz aller Eintreibungsversuche nicht ganz zu erhalten waren, auf Beschluß der Ortsverwaltung endgültig getrichen werden sollen. Nachdem einige Kollegen für und dagegen gesprochen, wurde dem Beschluß der Verwaltung gegen 2 Stimmen zugestimmt. Weiter wurde im Hinblick darauf, daß infolge der momentanen wirtschaftlichen Lage der Verkauf von Extramarken fast erlahmt ist, ein Beschluß der Verwaltung vorgelegt, den weiteren Verkauf jetzt einzustellen. Auf Antrag des Kollegen Bernide wurde beschlossen, den Verkauf von Extramarken sofort einzustellen und bei etwas verbesserter Wirtschaftslage eine Erhöhung des Lokalzuschlags vorzunehmen. Als Ortsausschußdelegierte fungieren für das laufende Jahr wieder die Kollegen Becker und Bernide. Der Vorsitzende berichtete, daß die Restschuldsomme, die noch zur Erweiterung des Volkshauses abzuführen sei, nach bereits erfolgter Abführung von insgesamt 1500 M, nunmehr infolge aufgelaufener Verzugszinsen wieder von 1240 M auf 1402 M gestiegen sei, und eine baldige Abführung erwünscht wäre, um die Lokalkasse zu entlasten. Weiter wurde gegen 1 Stimme beschlossen, bei der Gauleitung resp. dem Hauptvorstand zu beantragen, daß bei Konferenzen, wo von dem 1. Bevollmächtigten gewisse Vorarbeiten zu leisten sind, selbiger aber als Delegierter auf der Konferenz nicht in Frage kommt, die entstehenden Kosten resp. Delegationskosten auf Gau- oder Verbandskasse übernommen werden. Dann wurde noch aufgefordert, an den bevorstehenden Betriebsräte- und Wirtschaftskursen vom Ortsausschuß des A.D.G.B. rege teilzunehmen; Material und Anmeldungen sind im Verbandsbüro abzuholen. Hierauf begründete Kollege Bernide scharf folgende von ihm eingereichte Protestentschlieung an den Hauptvorstand: „Die Versammelten protestieren gegen die einseitig politische Schreibweise des Verbandsorgans zur Reichstagswahl, insbesondere wird verurteilt die Verunglimpfung der politisch kommunistisch orientierten Linie, und wird verlangt, dies in Zukunft abzustellen, um die gewerkschaftliche Einheit nicht zu gefährden.“ Kollege Becker wandte sich gegen den Antrag. Nach einer etwas heftigen Aussprache, die zu einer Geschäftsordnungsdebatte führte, wurde die Protestentschlieung bei einigen Stimmhaltungen gegen 1 Stimme angenommen. Schluß der Versammlung 23.30 Uhr.

Anmerkung der Redaktion. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir auf die Ausführungen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 34, worin unter der Ueberschrift „Sind wir parteipolitisch neutral?“ unsere Stellungnahme zur Reichstagswahl und zur kommunistischen Partei eingehend begründet worden ist. Was wir damals geschrieben haben, gilt auch heute noch. Eine andere Schreibweise können wir für die Zukunft nur dann in Aussicht stellen, wenn eine Aenderung „der politisch kommunistisch orientierten Linie“ erfolgt und die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihren unsäglichsten Kampf gegen die freien Gewerkschaften aufgibt. Wenn die Leipziger Kolleginnen und Kollegen, soweit sie der Entschlieung Bernide zugestimmt haben, in diesem Sinne ihren Einfluß auf die kommunistische Partei geltend machen würden, könnten sie der gewerkschaftlichen Einheit einen großen Dienst erweisen.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdet für den Verband!

Dafür, daß das Hauptpersonal an dem Tage, wo die andern feierten, doppelt zu tun hatte, erhielt es per Kopf ein Goldfischlein und das söhnte sie aus. Außerdem durften sie am nächsten Tage nachholen, was sie am vorhergegangenen versäumt.

Nervös erbrach Rudolf Wallner den Umschlag des Schreibens, das ihm Merkel soeben überreichte. Sein Auge starrte auf die Liste, die die Verhandlungen einzeln aufführte, zu denen er, wenn das Los ihn traf, herangezogen wurde.

Da stand es schwarz auf weiß: „Am 4. Juli Schwurgerichtsführung!

Zur Verhandlung kommen: „Gegen die unverheiratete Eleonore Linden wegen Verbrechen gegen das keimende Leben (§ 218 R.-St.-G.-B.).“

Er las und las wieder mechanisch, ohne Sinn, die Buchstaben führten einen wilden Tanz vor seinen Augen auf. Aus der schwarzen Masse erhob sich mit plastischer Deutlichkeit ein bleiches Mädchenantlitz mit banger heißen Augen heraus. „Dore — das habe ich nicht gewollt — das nicht“, stieß er heiser zwischen den Zähnen hervor. Ob er sie in ihrer Wohnung antreffen würde? Er würde ihr Geld zur Flucht geben — aber sie war womöglich schon verhaftet — wie lange war denn die Sache eigentlich her? Er rechnete, mußte aber immer wieder von vorn beginnen, ehe er darauf kam — vier Monate — solange hatte er sich nicht um sie gekümmert, überhaupt gar nicht an sie gedacht.

Hestig durchmaß er das Zimmer, seinen Leichtsinns und seine Liebesgelüste vermühschend. Was nun? Ihn schreckte die Erkenntnis, daß der Einsatz dieses Spiels zu hoch gewesen, der Gewinn ekelte ihn an, weil sich eine Existenz daran ruiniert hatte. Arme Kleine! Selbstverständlich würde er sein Amt rechtzeitig niederlegen, sich krank melden — oder lieber eine Reise vorschützen und von der Bildfläche verschwinden, bis Gras über die Geschichte gewachsen war.

An diesem Abend blieb er zu Hause, tafelte gut und trank hinterher bis zur Bewußtlosigkeit, ein Palliativmittel für Geistesnöte.

Der Termin zur Verhandlung rückte immer näher, Rudolf traf keinerlei Anstalten, die auf Abreise gedeutet hätten. Wie es den Verbrecher an den Schauplatz seiner Taten zieht, so blieb auch er in die Nähe seines Frevels gebannt. Ja, er war sogar fest entschlossen, das Schicksal herauszufordern. Es war fraglich, ob das Los ihn traf, ein teuflischer Gedanke bligte in ihm auf. „Der Mensch versuche die Götter nicht!“ — Lächerlich! Sentimentale Dichter! Idioten! Man macht eben eine Probe und läßt es darauf ankommen!

Wurde er gezogen, traf ihn die Schuld an des Mädchens Fall — wenn nicht — — — wer weiß, wer da in Frage kam.

Die kleinen Mädchen sind oft sehr schlau. Natürlich wenden sie sich immer an den, der den höchsten Preis zahlen kann, kalkulierte er.

(Fortsetzung folgt.)